

Schriftliche Stellungnahme zum Anhörungsverfahren der Enquete-Kommission 17/2 »Corona-Pandemie«

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne folge ich Ihrer Einladung vom 29. September 2020 und nehme, wo fachlich betroffen, in schriftlicher Form Stellung zu den aufgeworfenen Fragen im Kontext der COVID-19-Pandemie.

Finanzkrise, Klimakrise, Nord-Süd-Konflikte oder Fake News – die Zeit »vor Corona« war nicht die beste aller Welten. Es wäre einerseits naiv zu glauben, zu diesen Verhältnissen zurückkehren zu können, andererseits gefährlich zu meinen, dies sei grundsätzlich erstrebenswert. Die Pandemie hat diese strukturellen Probleme noch sichtbarer gemacht und sie in Teilen verschärft. Es ist auffallend, dass es die schlecht oder gar nicht bezahlten Tätigkeiten im Gesundheits- wie im Pflegesektor, aber auch in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Versorgung mit Nahrungsmitteln, Mobilität etc. sind, in denen die Folgen der Corona-Pandemie besonders drastisches Ausmaß annehmen, etwa weil sie nur präsentisch geleistet werden können. Einerseits sind in diesem Kontext ein neuer Gemeinsinn und ein solidarisches Miteinander beobachtbar. Andererseits wird der sowohl naive wie gefährliche Ruf nach business-as-usual zunehmend lauter und überführt diese Solidarität als Lückenbüsserin. Dabei wäre die gegenwärtige Situation, transformationstheoretisch reflektiert, ein günstiger Zeitpunkt für die Etablierung und Förderung von »Reallaboren«, in denen neue Normalitäten des Wirtschaftens und Lebens ausprobiert und kultiviert werden können. Corona unterstreicht: Es geht um die grundsätzlichen Fragen, nicht um oberflächliches Kleinklein.

Für diese gezielte Transformation in Richtung einer souveränen und sicheren Versorgung ist die Einsicht grundlegend, dass die Krisen der Gegenwart gleichursprünglich sind, das heißt, die Corona-Krise ist ebenso wie die Klimakrise, wie Armut, soziale Ungleichheit oder Konsumismus zurückzuführen auf eine tieferliegende Krise der Gesellschaft, die nicht mehr zu sagen weiß, was ihr eigenes in-der-Welt-Sein bedeutet. Abstrakter Reichtum und Techniken zur Bewältigung von Langeweile greifen zunehmend Platz, verflachen Kulturen und produzieren Sinnlosigkeit statt Teilhabe und selbstbestimmte Lebensführung. Die COVID-19-Pandemie markiert damit zugleich eine Krise der Parteien- und Wahldemokratie. Die Neugestaltung der Gesellschaft zu einer Beteiligungsdemokratie wäre eine schlüssige Reaktion auf die Lage, auch um Lösungen zu entwickeln, die von möglichst vielen Menschen getragen und gewollt werden. Die Debatten um die Einrichtung von Räten verdienen vor diesem Hintergrund verstärkte Aufmerksamkeit, insbesondere in Verbindung mit einer gesellschaftsorientierten Wissenschaft (»Transdisziplinarität«), die solche Prozesse der Gesellschaftsgestaltung reflektiert, begründet

und befähigend begleitet. Der Stellenwert wissenschaftlichen Wissens für eine demokratische Gestaltung der Gesellschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen und erfährt nun eine neue Öffentlichkeit. Es ist unstrittig geworden: Moderne Gesellschaften sind auf wissenschaftliche Analysen, Reflexionen und Zukunftsentwürfe angewiesen. Auf diesen neuen Stellenwert muss die Wissenschaft reagieren und erforderlichenfalls Kriterien wissenschaftlicher Exzellenz im Sinne eines neuen Gesellschaftsvertrages neu aushandeln. Dies zeigt sich insbesondere im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, das klassisch als Forschungstransfer verstanden wird. Im Kontext der COVID-19-Pandemie sind zwei Aspekte von besonderer Relevanz für eine gelingende Kommunikation:

Erstens muss konsequent zwischen Wissen und Gewissheit unterschieden, das heißt transparent und nachvollziehbar gemacht werden, wie wissenschaftliches Wissen entsteht, unter welchen Bedingungen es Gültigkeit beansprucht und wo in der Folge der Bereich des Nicht-Wissens beginnt. In inhärent unsicheren Zeiten braucht es keine einfachen Antworten, sondern Möglichkeitssinn und Befähigungen zum Umgang mit ambivalenten Konstellationen. Dies beinhaltet auch einen präzisen Umgang mit Sprache, etwa in Bezug auf die Tatsache, dass es keine Ausgangssperren (englisch: ›lockdown‹) gab, sondern auf dem je wissenschaftlich hinreichend gesicherten Stand begründete Kontaktbeschränkungen, um das Risiko eines flächendeckenden Ausbruchs zu senken. Wissenschaftskommunikation darf zweitens nicht länger als Transfer von Wissen verstanden werden, sondern muss als befähigender Dialog stattfinden, das heißt, vielfältige Perspektiven integrieren und Partizipation auch von außerwissenschaftlichen Gruppen ermöglichen. Eine zentrale Lehre aus Corona liegt in einer finanziellen und institutionellen Förderung von wissenschaftlichen Einrichtungen, die Gegenwartskrisen nicht nur analysieren, sondern auch gemeinsam mit der Gesellschaft wissenschaftlich begründete Gestaltungsmöglichkeiten entwickeln.

Alleingelassene Eltern, Studierende wie Kinder belegen, dass Bildungspolitik stets auch als Arbeits-, Sozial- und Familienpolitik zu begreifen ist. Personeller Aufwuchs durch massive Aufstockung der Grundfinanzierungen von der Krippe bis zur Hochschule sind erforderlich, insbesondere auch im Bereich der gemeinnützigen Organisationen und Vereine, um Bildung, den Quell von Fortschritt, in Zeiten tiefgreifender Transformationen der Gesellschaft sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist evident, dass es Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens gibt, die zur Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der durch sie geschützten Würde aller Menschen vor Kapitalinteressen zu schützen sind. Auch in dieser Hinsicht belegt die Corona-Pandemie, dass Eigentum zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Verantwortungseigentum neu zu bestimmen ist. Dieser Schutz vor Kapitalinteressen bedeutet nicht die Abschaffung marktlicher Koordination. Von einer Konkurrenzwirtschaft kann seit der Vertrustung vor etwa 100 Jahren ohnehin keine Rede mehr sein, und von Etatismus zu reden im Angesicht ökonomischer Organisationen, die massiv von staatlicher Entwicklungsarbeit profitieren, ist gleichsam unangebracht. Weder planwirtschaftliche Ideologien noch der Marktfundamentalismus der Vergangenheit sind legitime Rechtfertigungsprojekte für die rheinland-pfälzische wie bundesdeutsche Politik: Denn demokratische Gesellschaften bringen ihre Werte selbst hervor. Entscheidend sind nicht die Großbegriffe, sondern die sowohl lokale wie globale Lösung von Problemen, das heißt die Ernährungswende oder die Mobilitätswende genauso wie die andauernde Energiewende.

Die tieferliegende Ursache der multiplen Gegenwartskrisen reflektiert sich als überkommene Idee der Gesellschaft als Wirtschaftsgesellschaft. Eine neue Gesellschaft braucht eine neue Wirtschaft. Es sind die schöpfenden Unternehmungen zu fördern, die solidarisch am Gemeinwohl orientiert sind, nicht die abschöpfenden, die nur an den eigenen Vorteil denken. Um die ökonomische Gemengelage gegenwärtiger Krisen an den Ursachen zu beseitigen, statt nur die Symptome zu behandeln, sind Maßnahmen erforderlich, die ich gemeinsam mit Professor Reinhard Pfriem auf zwölf Thesen gebracht habe:

1. »Politische Entscheidungsprozesse müssen von der Wahldemokratie zu einer die Menschen befähigenden Beteiligungsdemokratie umgestaltet werden.

2. Allen Menschen muss ein materiell auskömmliches Leben als Minimum eines guten Lebens garantiert werden.
3. Vergütungen und Arbeitsbedingungen, insbesondere in Gesundheits- und Pflegeberufen sowie im Lebensmittelhandel, müssen deutlich verbessert werden.
4. Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen müssen auf EU-Ebene in einer gemeinsamen progressiven Steuerpolitik dem Gemeinwohl zugeführt werden.
5. Staatliche Förderung muss gebunden werden an die Beseitigung und Überwindung gesellschaftlicher Probleme, Subventionen für ökologische und soziale Zerstörungen darf es nicht länger geben.
6. Öffentliche Infrastrukturen einschließlich des Wohnsektors müssen rekommunalisiert und vor einseitiger Profitorientierung geschützt werden.
7. Eigentum und Verfügungsgewalt von Wohnraum, industriellen wie landwirtschaftlichen Betrieben und weiteren Lebensbereichen müssen partizipativ verknüpft werden.
8. Wirtschaftsformen ohne Drang oder Zwang zur Kapitalverwertung müssen unterstützt und gefördert werden.
9. Wertschöpfungsketten müssen verkürzt und Wirtschaftskreisläufe nach der Maxime »so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig« umgestaltet werden.
10. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse müssen zu einer Priorität der Bewahrung und Pflege nicht-menschlicher Natur umgestaltet werden.
11. Internationale Vereinbarungen gegen Schlachter- und Wildtiermärkte müssen aus Gründen der Hygiene und zur Wahrung der Würde von Leben geschlossen werden.
12. Nationale Egoismen und Alleingänge müssen in einer gemeinsamen Friedens- und Abrüstungspolitik aufgehoben werden.«¹

Bernkastel-Kues, den 22. Oktober 2020

Prof. Dr. Lars Hochmann

1 Hochmann, Lars; Pfriem, Reinhard (2020): Die Welt danach. Corona als nur möglicherweise historische Kehre. In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Sonderband »Lehren aus Corona«, S. 263-272, hier: S. 269 f. Online verfügbar: <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748909460.pdf>